

Atom-Geschäfte ohne Gewerbeschein



Ausgerechnet für seine Firma „Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung KSE GmbH“ von Eckert & Ziegler, die in BS-Thune die industrielle Verarbeitung von Atommüll seit Anfang 2009 betrieben hat, versäumte der Firmenchef Dr. Andreas Eckert die Einholung des Gewerbescheins.

Dabei beflügelten hohe Gewinnerwartungen, insbesondere durch einen geplanten Ausbau des KSE-Atommüllzentrums in Braunschweig, den reißenden Absatz zusätzlicher neuer Aktien Ende 2009. Auf BIBS-Anfrage teilte die Verwaltung am 12.3.2015 mit:

„der Verwaltung liegen für ein KSE Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung GmbH für den Standort Thune weder eine Gewerbeanmeldung oder -genehmigung noch baurechtliche Anträge oder Genehmigungen vor.“

Im Rathaus konnte man sich solch ein Versäumnis es geht weiter auf Seite 2

Kohlmarkt 7. März 2015

„Neue Generation von Rechtsradikalen“



„Unser-Braunschweig“ sprach mit Reinhard Koch (Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt,

www.arug.de) über die Hintergründe von „Bragida“

ub: Warum ist Braunschweig so attraktiv für Rechtsradikale?

Koch: Nicht die Stadt Braunschweig steht im Fokus, sondern die Akteure. Seit Jahren gibt es eine aktionistische Szene in Braunschweig, nicht NPD, aber Autonome Nationalisten und Aktionsgruppen. Im Umfeld auch „Die Rechte“. Die Ideologie spielt so gut wie keine Rolle, sondern das Bedürfnis nach Aktion. Sie suchen die Konfrontation, wo immer sie sie finden, sie wollen in Erscheinung treten und Aufmerksamkeit erhalten. Sie sind sehr gut vernetzt, daher gelingt es ihnen, ihr Potenzial zwischen Hannover und Magdeburg zu mobilisieren. Es sind die bekannten, gut organisier-

ten Rechtsradikalen aus Peine, Hildesheim, Wolfsburg usw.

ub: Welche Ziele verfolgt dieses neofaschistische Bündnis?

Koch: Ihre Absicht war es, ähnlich wie in Dresden oder Leipzig, „Wutbürger“ (frustrierte Bürger aus der Mitte der Gesellschaft) zu erreichen, was aber nicht gelang. Sie wissen, dass eine Mehrheit der Gesellschaft für Themen wie „Asyl“, „Flüchtlinge“ und „drohender Verlust der Etablierten-Vorrechte“ empfänglich ist. Diese Leute wollten sie ansprechen, aber die ließen sich in Braunschweig nicht mobilisieren. Der Polizeipräsident äußerte schon nach der ersten Demonstration sein Erstaunen darüber, dass sich statt frustrierter älterer Herrschaften überwiegend polizeibekannt junge Leute eingefunden hatten. Diese Tendenz verstärkte sich, der Anteil der „Wutbürger“ reduzierte sich zugunsten der Rechtsradikalen. Dem „Normalbürger“ war bald klar, dass er sich unter die Rechtsradikalen

...mehr lesen Sie auf Seite 6

Braunschweig und die Asylbewerber

Bernhard Piest, Einwohner in Kralenriede engagiert sich in der Flüchtlingspolitik. Anregungen für eine Neuausrichtung Braunschweiger Asylpolitik

Was bedeutet es, Gastgeber oder Gastgeberin zu sein und Gäste zu haben? Viele Planungen und Vorbereitungen gehören dazu, meist ist alles etwas stressig, aber es überwiegt die Freude über die zu erwartenden Gäste und das

Beisammensein. Der Umgang mit den Gästen gestaltet sich meist nach gewissen Regeln, z.B. gibt es bestimmte Arten der Begrüßung. Kann das ein Bild sein für den Umgang mit Asylbewerbern in Braunschweig? Nur bedingt. Es gibt nichts zu feiern, sondern unsere Stadt ist erster Anlaufpunkt für Menschen, die aus einer Notsituation kommen und in Deutschland Zuflucht suchen.

Wird Braunschweig seiner Gastgeberrolle gerecht? Gibt es bei uns eine Willkommenskultur? Bisher wohl kaum, aber es regt sich etwas. Verschiedene Initiativen entwickeln derzeit in Kralenriede Ideen, wie den Flüchtlingen ein freundlicher Empfang bereitet werden kann und wollen diese Ideen aus eigener Kraft umsetzen. Und diese Freundlichkeit ist bitter nötig.

...weiterlesen auf Seite 6

Hoffmanns Bilanz: BIBS verweigerte die Zustimmung

Mit der Zustimmung zur ersten Konzernbilanz 2012 der Stadtgeschichte erteilte der Rat am 24.3.2015 dem ausgeschiedenen Oberbürgermeister Hoffmann die Absolution.

5-mal höher sei das Vermögen als die Schulden des „Konzern“ Stadt, die „Eigenkapitalquote“ sei ein Spitzenresultat unter bundesdeutschen Städten - Zahlen, die wie aus Hoffmann's Märchenbuch klingen. Denn genau der hatte das Zahlenwerk bereits vor einem Jahr kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt vorgelegt.

SPD Bratmann: Keine „Generalabrechnung“ mit Ära Hoffmann

„Fast einstimmig bestätigte der Rat Hoffmanns Zahlen“, schreibt die BZ am 25.3.2015 - außer der BIBS haben alle anderen Fraktionen zugestimmt. Ganz wohl war der Ratsmehrheit dabei allerdings nicht:

Es sei „völlig klar“, „dass das Wunder von Braunschweig im Kern kein Wunder war und dass uns auch aus dieser Zeit noch Hypotheken über die nächsten Jahre verfolgen werden“, so der SPD-Vorsitzende Bratmann am 24.3.15 im Rat; die SPD mochte denn auch nicht ihre Fürstimmen als Zustimmung zu Hoffmanns Finanzpolitik verstanden wissen, das sei (noch) nicht die Generalabrechnung mit der Ära Hoffmann. So ähnlich redeten auch Linke, Piraten und Grüne.

Zumindest für die alte Hoffmann-CDU scheint bis heute zu stimmen: „Wenn ein neuer Rat Schulden macht, sind das nicht meine“, sicherte sich Ex-OB Hoffmann gleich nach der letzten Kommunalwahl im Interview mit der nb ab. An seinen Zahlen müssten sich seine Nachfolger messen lassen.

...siehe S. 4: „Bilanz geschönt
Schuldscheine versteckt“



auf Seite 7

Wald ist ein
Stück Kultur Seite 3



13 Jahre für Dach-
begrünung Seite 3



Tostmannplatz, Dankeskirche 29.3.
„Wir dulden keinen Fremdenhass“



19. April 2015, Braunschweig zeigt Gesicht: wir geben Pegida keine Bühne

Niemand hat die Absicht, E&Z zu glauben

Kommentar von Klaus Knodt



Am 11. 11. 2009 sprach Dr. Andreas Eckert, Vorsitzender des Vorstands der Eckert & Ziegler AG, vor dem Eigenkapitalforum der Deutschen Börse AG. Das Eigenkapitalforum ist eine Art bundesweite Werbesmesse für Unternehmen, die für Expansionspläne Investoren suchen.

Dementsprechend vollmundig kündigte Eckert dort vor Journalisten und Kapitalgebern anhand von Präsentationsfolien an: Man rechne mit einem „Marktvolumen bis zu 50.000 Conradcontainer“ und einem Umsatz gleich „6,5 Mrd. €“.

In der nachfolgenden Folie bekräftigte er: „Aus diesem Grund Ausbau in Braunschweig“ und erläuterte den Planungsstand für die neue Konditionierungshalle. Das Ganze unter der Überschrift: „Expansionspfad 1 KSE = Kompetenzzentrum für sichere Entsorgung GmbH“. Eckert & Ziegler sei „jetzt neu ausgerichtet auf den Markt für Abfallkonditionierung“.

Die Zielzahlen des Unternehmens: Die Sparte KSE GmbH werde ihr Umsatzpotential zwischen 2009 und 2014 von 20 Mio. € auf 100 Mio. €

verfünfachen(!) - und damit weitaus größtes Einzelunternehmen innerhalb der E&Z-Gruppe werden.

BISS und BIBS haben die medienöffentlich zugänglichen E&Z-Aussagen „Umsätze von 6,5 Mrd. €“ mit „50.000 Conradcontainern“ sowie „Aus diesem Grund Ausbau in Braunschweig“ als Zitate auf ihrem Plakat verwendet. Nicht mehr und nicht weniger.

Dennoch flatterte der BISS jetzt ein Schreiben der E&Z-Anwälte ins Haus. Diese behaupten, das Plakat erwecke den Eindruck, E&Z habe die Absicht, auf dem Betriebsgelände in Braunschweig die Konditionierung von Atommüll aus der Asse zu betreiben. Obwohl die Worte „Atommüll“ und „Konditionierung“ auf dem Plakat gar nicht vorkommen...

Auch das wortwörtliche E&Z-Zitat „Aus diesem Grund Ausbau in Braunschweig“ beklagen die E&Z-Anwälte. Es enthalte die „innere“ Tatsachenbehauptung der „Konditionierung“ von Atommüll aus der Asse.

Möge Dr. Andreas Eckert sich vor seinen eigenen Anwälten anwaltlich

schützen: Sonst verbieten die ihm wohl noch nachträglich seinen eigenen Vortrag vor dem Eigenkapitalforum der Deutschen Börse AG.

Zum Schluss beklagen die E&Z-Anwälte noch eine „widerrechtliche Verletzung“ von Urheberrechten durch die BIBS, weil diese die öffentlichen Aussagen von Eckert veröffentlicht habe. Grotesker geht es kaum. Das ist so, als würde Ariel aus Urheberrechtsgründen verbieten, dass eine Hausfrau ihrer Nachbarin erzählt: „Ariel wäscht aber weißer“.

Die Öffentlichkeit ist beim Eigenkapitalforum der Deutschen Börse AG als Besucher übrigens ausdrücklich erwünscht. Während aktuell Unternehmensvertreter je nach Art ihres Auftritts zwischen 500,- und 3000,- € für ihre Teilnahme berappen müssen, werden Medienvertreter kostenlos willkommen geheißen. Man will schließlich, dass über die teilnehmenden Firmen berichtet wird.

BISS und BIBS sehen den Drohungen der E&Z-Anwälte gelassen entgegen und werden weiter über das Unternehmen berichten.

Einwände gegen atomare Erweiterung in Thune

Gegen den neuen Bebauungsplan für Thune konnten Bürger/innen Einwände und Anregungen einreichen, die in der abschließenden Abwägung berücksichtigt werden müssen. Hier der Auszug aus einer Einlassung:

A) **Kein Einverständnis der Stadt für Anlagen zur Aufarbeitung atomarer Abfälle** (nach § 36 BauGB). Unter der Voraussetzung aber, dass eine solche Einvernehmensklärung der Gemeinde nicht existiert, sind Anlagen zur Lagerung und Verarbeitung von Atommüll in den Grenzen der Stadt rechtswidrig. Soweit solche Anlagen faktisch dennoch existieren, können sie deshalb auch keinen Bestandsschutz genießen. Innerhalb angemessener Frist ist ein neuer Standort zu suchen.

B) **Fehlende Gewerbebeantragung:** Es ist auch nicht klar, ob dort jemals eine Gewerbebeantragung für die Lagerung und Aufarbeitung von Restabfällen aus Kernkraftwerken erteilt wurde. Zuständig für eine solche Genehmigung ist der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt (nach § 85 Abs. 1, 4 NKomVG). Soweit dort Abfälle aus Kernkraftwerken gelagert oder verarbeitet werden, ist dies demnach rechtswidrig. Rechtswidrige Gewerbeausübungen genießen keinen Bestandsschutz. Innerhalb angemessener Frist ist ein neuer Standort für diese gewerbliche Tätigkeit zu suchen.

C) **Sollte ein Bauplan für neue und zusätzliche bauliche Einrichtungen, beispielsweise eine große Halle, dennoch aufgestellt werden, so kann dem nur unter der einschränkenden Bedingung zugestimmt werden, dass - etwa mittels eines städtebaulichen Vertrages (nach § 11, Abs. 1, 1 BauGB) - zuvor verbindlich und überprüfbar sichergestellt ist, dass die Nutzung der baulichen Einrichtungen zur Lagerung und Aufarbeitung von Abfällen aus Kernkraftwerken ausgeschlossen ist.**

D) **Ein Einvernehmen der Gemeinde (nach § 36 BauGB) zur Herstellung von Anlagen zur Lagerung von Abfällen aus Atomkraftwerken sollte auch nachträglich nicht gegeben werden. Denn ein solcher Standort ist in der Nähe von Wohnsiedlungen und Schulen gänzlich ungeeignet.**

E) **Eine Genehmigung zur Gewerbeausübung (nach § 85 Abs. 1, 4 NKomVG) für die gewerbliche Lagerung und Verarbeitung von Atommüll sollte vom Hauptverwaltungsbeamten auch nachträglich nicht gegeben werden. Denn ein solches Gewerbe ist in der Nähe von Wohnsiedlungen und Schulen gänzlich ungeeignet.**

F) **Politisch ist bei der Abwägung insbesondere zu berücksichtigen, dass für die Müllbranche strukturell bedingt**

ein hoher „Kriminalisierungsdruck“ besteht, da ein „Etikettenschwindel“ angelieferten Mülls extrem gewinnträchtig sein kann. Gelegentliche Gesetzesbrüche sind wegen der großen Gewinnmöglichkeiten bei derartigen Geschäften trotz aller Kontrollen faktisch wahrscheinlich - was hier völlig unvorhersehbare und fatale Folgen haben kann. Weiter besteht auch auf Seiten verantwortlicher Behörden ein extremer Druck, „nicht so genau hinzuschauen“, da sich die Behörden in der tendenziell ausweglosen Situation befinden, Müll gesetzeskonform entsorgen zu müssen, obwohl es (noch) keinen gesetzeskonformen Weg in „endgültiges“ Entsorgungslager gibt.

G) **Deshalb muss ein solches Gewerbe in einem Gebiet angesiedelt werden, das generell gut kontrollierbar und in möglichst großem Abstand von Wohnsiedlungen und sozialen Einrichtungen wie Schulen liegt. Denn nur so wäre es beispielsweise auch gegen terroristische Anschläge zu schützen, die der Betreiber der dortigen Gewerbe ja selbst befürchtet. Da in einer Großstadt dafür keine Grundstücke zur Verfügung stehen können, ist es die Pflicht der verantwortlichen Landes- und Bundespolitik, dafür Sorge zu tragen.“**

red, Astrid Buchholz

Umweltverträglichkeit übersehen?

Hohe Strahlengenehmigung erfolgte ohne Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit.

Auf Nachfrage der BISS gab das Umweltministerium am 15.4.2015 bekannt, dass für die strahlenschutzrechtliche Umgangsgenehmigung im Jahre 2004 „keine Vorprüfung zur Umweltverträglichkeitsprüfung“ durchgeführt wurde; man verfüge im Ministerium über keine Informationen, warum diese nicht durchgeführt wurde.

Städtische Firma auf Buchler-Altlast

Auf dem alten Buchler-Gelände zwischen Frankfurter Str. und Okerumflut, wo einst verantwortungslos der Grund und Boden mit chemischen und radioaktiven Abfällen vergiftet wurde, ist ein neues „Vorzeige-Quartier“ entstanden.

Das Pikante daran: Ausgerechnet die „Allianz für die Region“, eine anteilige Tochtergesellschaft der Stadt, zuständig für die Wirtschaftsförderung der Region, residiert heute in den Büroräumen der Buchler-Firma Fagus auf dem Gelände der ehemaligen Giftmüll-Altlast.

ASSE und Milleniumshügel dienten als Buchler-Müllkippen

Die Altlasten, strahlende Betriebsabfälle und kontaminierte Böden wurden auf abenteuerlichen Wegen u.a. auf dem „Milleniumshügel“ am Madamenweg und in der Asse „entsorgt“. Bis zum Jahr 1978 waren Betriebsabfälle von Buchler bzw. der Tochterfirma Amersham-Buchler zur ASSE gebracht worden, teils unter fragwürdigen Umwelt-Tatbeständen, wie der Spiegel in seiner Ausgabe Nr.2/2010 berichtete: „35 der Gebinde waren unauffällig von innen mit Blei ausgekleidet worden [...] Die gemessene Strahlung übertraf den zulässigen Wert um das 3000-fache.“ (siehe auch Unser-Braunschweig, Nr.5/2011, S.2)

Aber die gar nicht so sauberen Buchler-Firmen entledigten sich nicht nur ihrer Abfälle aus der industriellen Produktion in Richtung ASSE; später wurde auch noch der kontaminierte Bauschutt im Milleniumshügel am Madamenweg verbuddelt.

In einer Chronik zum „Millenium“ hatte die BIBS-Fraktion aufgrund von Akteneinsichten über Bauschutt-Ladungen berichtet, die am 19. und 20. Mai 1999 vom Buchler-Gelände zum Millenium angeliefert wurden (siehe Milleniums-Chronik, erhältlich im Rathaus, BIBS-Fraktion).

Die kontaminierten Schuttladungen aus dem Buchler-Abriß wurden von der Stadt im Juli 2008 bestätigt; auf nachträgliche Untersuchungen wie Strahlungsmessungen beim Millenium wurde allerdings verzichtet. BIBS-Aktive machten daraufhin eigene Messungen an rund 20 Messpunkten rund um den Millenium-Berg, am Südhang, auf dem Berg und auf dem Parkplatz Ganderhals.

An zwei Messstellen (Zufahrt zum Gelände am Ganderhals und südwestlicher Hang) wurde eine Strahlenintensität in der Größenordnung der doppelten Hintergrundstrahlung gemessen.

Seither wächst Gras auf dem Millenium-Hügel.

Peter Rosenbaum

Atomdrehzscheibe Braunschweig!

Zwickmühle

Eine Plakat-Aktion „Atomdrehzscheibe Braunschweig“ brachte Eckert & Ziegler in die Klemme - und das ausgerechnet kurz vor der Aktionärsversammlung im Juni.

In einer Aktionärs-Präsentation hatte Eckert & Ziegler im Jahre 2009 für eine Kapitalerhöhung geworben, um sich vor allem am Standort BS-Thune beträchtlich zu erweitern. Auf diese Präsentation weist das große Anti-Atom-Plakat der Initiativen hin und zitiert daraus.

Das Dilemma für Eckert & Ziegler Nun liegen aber die Pläne von Eckert & Ziegler für die versprochene Erweiterung in Thune auf Eis, seit in Braun-

schweig heftiger Gegenwind bläst. Flugs ließ man jüngst erklären, die Erweiterungs-Präsentation sei falsch verstanden worden und quasi überholt, man wolle die atomare Entsorgungssparte in Braunschweig-Thune ja gar nicht erweitern.

Was sagt man nun aber den Aktionären, die den vollmundigen lukrativen Versprechungen in der Präsentation gefolgt sind?

Können Aktionäre vielleicht sogar auf Einhaltung der Versprechungen pochen? Immerhin wurde im besagten Prospekt konkret beworben, wohin das frische Kapital aus der Kapitalerhöhung fließen sollte.

...weiter von Seite 1 mit

Kein Gewerbeschein, trotzdem Bestandsschutz?

wohl nicht so recht vorstellen - so dauerte diese Antwort auf die Anfrage der BIBS vom 9.1. immerhin zwei Monate bis zur Mitteilung der Verwaltung an die Ratsfraktionen am 12.3.2015.

Die Konditionierungsanlage wäre demnach auch niemals genehmigt worden und wäre bei nachträglicher Antragstellung erstmals und daher als Neu-Anlage zu bewerten. (Siehe auch nebenstehende Mustereinwendung)

Bestandsschutz ohne Gewerbeschein?

Nun berufen sich die Atomfirmen in Thune immer wieder auf angeblichen „Bestandsschutz“.

Die BIBS-Fraktion hakte im Rathaus nach und fragte:

Wie kann eine Industrieanlage zur Aufarbeitung und Verarbeitung von Atommüll unter Bestandsschutz fallen, wenn die betreibende Firma in Braunschweig weder gemeldet war, noch jemals Genehmigungen baurechtlicher, strahlungsrechtlicher oder atomrechtlicher Art zum Betrieb einer Konditionierungsanlage in BS-Thune erlangt hat?

Eine Beantwortung dieser Frage lag bis zur Drucklegung der Zeitung nicht vor.

Peter Rosenbaum



Forschungs-, VW- oder Urlaubsflüge?



Touristik am „Forschungsflughafen“?

Auf Berichte über einen Touristikflug vom Flughafen Braunschweig – Wolfsburg nach Dubai erklärt die BIBS-Bezirksrätin Tatjana Jenzen: „Entgegen aller anderslautenden Bekenntnisse sind Touristikflüge hier doch in einem größeren Rahmen möglich. Immer wieder wurde uns erklärt: ‚Touristik, das können und wollen wir auch nicht‘ – aber sieht man die aktuelle Entwicklung mit der Ankündigung von Reiseunternehmen, in Zukunft öfter vom Braun-

schweiger Flughafen aus touristische Ziele ansteuern zu wollen, dann merkt man schon, wohin die Reise gehen soll. Zudem schließt der Planfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Flughafens Touristik auch gar nicht definitiv aus, sondern ermöglicht rund 300 Flugbewegungen und 45.000 Passagiere pro Jahr!“, so Tatjana Jenzen, die im Bezirksrat Wabe-Schunter-Berberach sitzt.

Zur Erläuterung: Der Ausbau des Flughafens sollte durch viele Millionenfördergelder von EU, Land und Bund finanziert werden. Die Fördergelder der EU gab es nicht, und der Ausbau des Flughafens in Höhe von fast 40 Millionen Euro musste somit

vorrangig mit regionalen Steuergeldern bezahlt werden. Im Zeitraum von August 2011 bis zur offiziellen Inbetriebnahme am 18.10.2012 wurde die verlängerte Start- und Landebahn

nur für 28 Starts und Landungen in 19 Monaten benutzt. Immer wieder wurde betont, am Flughafen solle keine Ausweitung der Touristikflüge erfolgen.

Wasser für Dubai

Von wegen Forschungsflughafen: Stolz berichtete Wilhelm Schmidt, Inhaber eines Wolfenbütteler Reisebüros, in der März-Ausgabe der Postille „Standort 38“: Am Dienstag, 17. Februar 2015, hob von Waggum aus der erste Ferienflieger mit 180 Plätzen nach Dubai ab. Schmidt: „Die Nachfrage war riesig. Wir waren zweifach überbucht.“ Weitere Flüge folgten, um der Nachfrage gerecht zu werden. Dabei wurden durch „die massive Unterstützung aller“ Klippen wie Passkontrolle und Pre-Check-In „umschiffet“. Damit die Boeing 737-800 ordnungsgemäß versorgt werden konnte, wurde kurzerhand Frischwasser per Tanklastzug aus Hannover herangekarrt (die entsprechende Versorgungs-Logistik fehlt in Braunschweig). Anfang November, so Schmidt, soll von Braunschweig aus der nächste Touristen-Flieger nach Rom starten.

Nummer 199 ist der Letzte Braunschweigs Vorgriff auf die neue Versammlungsstättenverordnung (*geiles Wort! d. Sezzler*) treibt skurrile Blüten hervor. Wer nicht als 199. Person Einlass begehrt, bekommt die Rote Karte gezeigt und darf abdrehen, sofern der Veranstalter neue Auflagen zum Brandschutz und zu Rettungswegen nicht ganz fix nachgerüstet hat. So will es die Braunschweiger Bauaufsicht. Ein Opfer ist der Verein Silverclub, der keine befristete Genehmigung für seine Veranstaltungen mehr erhält. Auch Einschulungs- und Abi-Fiern in Braunschweigs Schulaulen müssen jetzt teilweise in drei Schichten nacheinander stattfinden. Eine Party am Dowe-see wurde auf 199 Feiern begrenzt. Bleibt zu fragen, wann die Gottesdienste im Dom im Schichtbetrieb stattfinden müssen – falls das denkmalgeschützte Kirchengemäuer nicht mit Fluchttunneln, Rettungswegen, Löschdecken und Notausgang-Leuchten aufgerüstet wird.

bm

Ist Wald kein Kulturbesitz?

Über das merkwürdige Verständnis des Begriffs „Kultur“ der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) im 10. Jahr ihres Bestehens

Im Zusammenhang mit den Protesten über die massiven Fällungen von Bäumen in der Brut- und Setzzeit an Straßen durch Braunschweigs Wälder schrieb die Braunschweiger Zeitung am 27. März 2015: „Henkel (Anm.: Direktor der SBK) machte keinen Hehl daraus, dass die Stiftung keine Naturschutzziele habe. „Die SBK ist laut Satzung dazu da, kirchliche, kulturelle und soziale Zwecke zu fördern.“

Diese Bekenntnisse findet man nicht nur auf o.g. Portal, sondern auch in der „Festbeilage“ zum 10-jährigen Bestehen in der Braunschweiger Zeitung.

In der der SBK-eigenen Hochglanzbroschüre „Vierviertelkult“ im Beitrag „Der deutsche Wald“ verwies Forsthistoriker Dr. Peter-M. Steinsiek auf Horst Sterns 1979 erschienenes Buch „Rettet den Wald“ als „ein sehr populäres Plädoyer für den Wald als Ökosystem und Kulturgut“. Wenige Seiten weiter beschrieb der Vorsitzende des Vereins Trinkwasserwald e.V., Heiner Rupsch die Sozialfunktion des Waldes geradezu pathetisch mit den Worten „unsere kulturelle und spirituelle Identität gehören dazu, ebenso wie dieser wunderbare Duft“. Und schließlich spricht Alexander Koch, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum im Zusammenhang mit der Ausstellung „Unter Bäumen. Die Deutschen und der Wald“ von Wald als einem „zeitlosen Thema deutscher Kulturgeschichte“.

Kapitel mit „Der Wald - ein Kulturgut“ und spricht bei der „... Bedeutung des Waldes für den Menschen auch von Schutz- und Erholungsfunktionen. Selbst die umweltpolitische Sprecherin der CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Anja Weisgerber tritt dafür ein „unser Kulturgut Wald zu erhalten, zu pflegen und zu schützen“ und damit schon in Kindergarten und Schule zu beginnen, weil die Jugend heute vielfach den Bezug zu Natur und insbesondere Wald verloren habe..

Und vor diesem Hintergrund soll Naturschutz als Stiftungsziel keine Rolle spielen und Wald kein förderungswürdiges Kulturgut im Sinne der Aufgaben der SBK sein?

Die Baumfällaktionen der SBK an Straßen durch Wälder im Braunschweiger Stadtgebiet sollten bis zu 20 m rechts und links von Straßen alle Bäume entfernen. Nur aufgrund der massiven Proteste von Braunschweiger Naturschutzverbänden, Forstexperten und Kommunalpolitikern gab man seitens der SBK eine „radikale Lösung“ (SBK-Förster Burkhard Röker) zunächst einmal auf.

Mio. €, die aus 5500 ha Waldfläche herausgeholt werden mussten. Der Druck auf den SBK-Forstbetrieb gewinnmaximierend zu arbeiten, ist also gewaltig.

Noch nicht einmal die Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Dr. Gabriele Heinen-Kljajic, eine Grüne (!), die die Fachaufsicht über die SBK hat, und folglich „Wald als Kulturgut“ wertschätzen können müsste, meldet sich erkennbar zu Wort!

D.h., der Fisch stinkt vom Kopf her. Seit ihrer Gründung vor 10 Jahren unterstand die SBK bisher einem einzigen Präsidenten, nämlich Ex-OB Dr. Hoffmann, der dort immer noch als Vertreter der Stadt(!) fungiert. Also genau der Mann, der für die Verlängerung der Start-/Landebahn des hoch defizitären Flughafens Braunschweig/Wolfsburg (mit SBK-Hilfe) 40.000 Bäume eines historisch alten Waldes sowie während der Brutzeit die Schlossparkbäume fällen ließ. Wen verwundert es angesichts dieser Gegebenheiten noch, dass der Stiftungsdirektor den Wald nicht als schützenswertes Kulturgut verortet?

Hier sind ganz dringend grundlegende Veränderungen und vor allem eine Erneuerung des Stiftungsrates erforderlich, einhergehend mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel, weg von einem rückwärtsgewandten, monarchistisch geprägten und antiquiert historisierenden Kulturverständnis, hin zu einer weltoffenen und modernen Interpretation des Begriffes Kultur(besitz) und seiner Bewahrung, in dem der Begriff Nachhaltigkeit kein Fremdwort ist und auch lebende Kulturgüter wie eben unser Wald ihre Wertschätzung erfahren.

Dr. Dr. habil. Wolfgang Büchs, BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig

Der Wald ist also kein Kulturgut?

Damit sind wir schon bei der „Kulturlandschaft“, die z.B. Thomas Gunzelmann 2007 in einem Beitrag „Denkmalschutz und Naturschutz – Voneinanderlernen und Synergien nutzen zur Erhaltung des Natur- und Kulturerbes“ wie folgt beschreibt:

„...Kulturlandschaften sind artenreich und daher aus Naturschutzsicht erhaltenswert.“ Zur Kulturlandschaft gehören natürlich auch die Wälder.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft überschreibt in der Broschüre „Unser Wald“ ein



Foto: Ein Harvester lichtet am Spechtweg/Ecke Steinriedendamm einzelne Kiefern des Querumer Forstes aus. Die BIBS verhinderte einen „Streifenkahlschlag“ auf 20 Metern Breite. Foto: Klaus Knodt

Die Bayerische Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft (LWF) bezeichnet den Wald als Kulturspeicher. Die LWF verweist auf die zunehmende Gefährdung dieser Bodendenkmäler z.B. durch schwere Forstmaschinen – Hier in Braunschweig erinnern wir uns noch an die Wölb-Äcker, die dem sinnlosen Ausbau des Flughafens Waggum (wie der ganze historisch alte Wald dort) im Wege standen – und beseitigt wurden.

Hinter den o.g. Plänen aber steht keine „Langfristig Ökologische Waldentwicklung (LOEWE), sondern eine knallharte Maximierung ökonomischer Interessen.

Sehr bedauerlich ist, dass das Umweltamt diesem ökologischen Unsinn auch noch zugestimmt hat.

Der Forstbetrieb der SBK erwirtschaftet 25% der Geldbeträge, die für Stiftungszwecke ausgegeben werden sollen. Dies waren z.B. 2013 ca. 1,6

Ein Jahrzehnt Hin und Her mit Rathaus-Dachbegrünung

2004 wurde im Bauausschuss die Dachbegrünung auf dem Rathaus-Anbau beschlossen, 2005 damit be-

gonnen und ein Drittel mit Begrünung und Wärmedämmung saniert. 2006 wurde der Beschluss still-

schweigend kassiert. Der ehemalige Stadtbaurat Zwafelink teilte am 14.10.2010 auf eine BIBS-Anfrage mit, die Dachbegrünung könne erst wieder fortgesetzt werden, wenn entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt würden. Die BIBS beantragte somit für den Haus-

halt 2012 die nötigen Mittel für die Begrünung. Im Finanzausschuss am 14.2.2012 wurde der Antrag nur mit einer Fürstimme (Grüne, SPD, CDU, Piraten dagegen) mit der Begründung abgelehnt, man brauche zunächst ein Gesamtkonzept. Die BIBS beantragte dann das Gesamtkonzept.

Dieser Antrag wurde abschließend im Bauausschuss am 24.4.2012 abgelehnt (eine Fürstimme BIBS, sieben Gegenstimmen, drei Enthaltungen). Mit der Ds. 17488/15 teilt die Stadt im Jahr 2015 mit, die Dächer zu sanieren seien, weil es überall durchregnet.

red

Erfolg von BIBS, BUND und Grünen Kahlschlag im Querumer Forst verhindert

Mit einer kleinen Meldung kündigte die Stadt Braunschweig Ende Februar Ungeheuerliches an: Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK, Präsident: Gert Hoffmann) wolle an Straßenrändern in und rund um den Querumer Forst „in einer Tiefe von 10 bis zu 20 Metern umfangreiche Baumfällungen“ durchführen (forstfachlich: Saum- oder Streifenkahlschläge).

Diese Kahlschläge sollten „aus Gründen der Gefahrenabwehr“ geschehen. Dank BIBS, BUND und Grünen

konnte die SBK im letzten Augenblick ausgebremst werden. Auf Nachfragen und massive Proteste des BIBS-Fraktionsvorsitzenden Dr. Dr. Wolfgang Büchs hin wurde der Naturfrevel abgemildert.

Ein Harvester lichtete – forstwirtschaftlich und im Sinne des Waldschutzes vernünftig – innerhalb der 20-Meter-Schneisen nur noch einzeln markierte Bäume aus.

Ihre Entnahme dient u.a. dazu, dem Restbestand mehr Raum und Licht zu geben.

red



Begrünte Rathausdächer - vor 11 Jahren erst beschlossen und seither ausgebremst.

Vermögen geschönt – Schulden versteckt

Gerade mal ein Jahr ist es her, dass der scheidende OB Hoffmann in zwei Hauswurfsendungen die Tabelle 1 (Braunschweig faktisch schuldenfrei) verteilen ließ. Kurze Zeit später deckte die BIBS-Fraktion 27 Schuldscheine in Höhe von 416 Mio. € auf, die als Schulden in der (blauen) Tabelle 1 verschwiegen worden sind. (siehe dazu auch „BIBS deckt auf...“ in Unser-Braunschweig Nr.12, S.7).

Eine zeitgenaue Darstellung des wahren Schuldenstands können Sie der (roten) Tabelle 2 entnehmen.

Der kurzfristige Rückgang der Schulden nach Hoffmanns Amtsantritt im

Jahre 2001 resultierte aus dem Stadtwerke-Verkauf. Diese und weitere Privatisierungen unter OB Hoffmann hatten insgesamt 780 Mio.€ in die Kassen gespült. Privatisierungserlöse waren bis 2014 vollständig aufgebraucht und verspielt (z.B. für: Schloss-Fassade, „irreparable Buchungsfehler“ im Zuge des Verkaufs der Stadtreinigung, teure Privatisierungs-Berater, Kaiser Otto-Jahr, Hubschrauberkonzert, Victoria-Luise-Hochzeit Kulturprojekt 1913/2013 u.v.m.)

Schwerer Fehler? Ex-OB Hoffmann entlastet

Der Rat stimmte am 24.3.2015 Hoff-

manns Abschlussbilanz zu (nur die BIBS stimmte dagegen) und erteilte dem Ausgeschiedenen die Entlastung - quasi eine Absolution. Der neue Oberbürgermeister hat inzwischen sang- und klanglos die nächsten Schuldscheine („selbständig konstitutive Schuldversprechen“) unterschrieben und damit das schwere Erbe der Privatisierungspolitik übernommen - Hoffmann dagegen ist fein raus... (siehe: „Hoffmann-Bilanz, nur die BIBS versagte die Entlastung“, S. 1).

Vermögen geschönt

Die Stadt stehe sehr solide da, verlautbart aber weiterhin die Finanzverwal-

tung. Man verfüge - auch nach den Privatisierungen - über ein Gesamtvermögen von 2,8 Mrd.€.

Was verschwiegen wird: Fast das ganze einträgliche Vermögen ist weg. Man rechnet sich reich mit Plätzen, Straßen und Denkmälern; man zählte und bewertete die Straßenbäume. Und man suchte nach Verborgenem.

Schatzsucher im Rathaus

Für den konsolidierten Gesamtabchluss wurden „alle stillen Reserven in Höhe von 186,3 Mio.€ gehoben“, heißt es im Bericht auf S.80. Mit einem Federstrich wurden auf diese Weise die Buchwerte der städtischen

Tochter Nibelungen-Wohnbau mal so einfach verdoppelt - die Wohnungen sind nun doppelt soviel wert, wie in der geprüften NiWo-Bilanz vom Wirtschaftsprüfer testiert. (Frage nebenbei - hat man also städtisches Vermögen zum halben Preis verschleudert, als man 1000 NiWo-Wohnungen zum halben Buchwert an die Hamburger Wohnungsfirma Semmelhaack verkaufen ließ?)

Weitere Vermögensschätze fand man in den Krankenhäusern, bei der Verkehrs-AG und sogar noch bei der Volkshochschule. Nun ist Aussitzen angesagt, bis im Jahre 2035 die Schuldscheine fällig werden. red



Tabelle 1 ohne die durch BIBS aufgedeckten Schuldscheine.



Tabelle 2 mit eingerechneten Schuldscheinen

Schuldschein-Politik wird fortgesetzt

27 Schuldscheine übernahm Markurth von seinem Vorgänger. Mit Unterschrift unter den 28. Schuldschein am 18.7.2014 setzte er die Politik seines Vorgängers klammheimlich fort.

Zur Schuldschein-Politik ausführlich mehr in Nr.12 (Nov./2014) unserer Zeitung.

Ex-OB Hoffmann - nochmal mit blauem Auge davon gekommen



Energieverträge – Zockerverträge

Die städtische Energieversorgung (bs-energy), die zu 74,9% Veolia gehört, betreibt ein Energiehandels-geschäft mit EON. Die ehemaligen Stadtwerke verpflichteten sich, bis 2025 jeweils viermal so viel Strom einzukaufen, wie die Braunschweiger Endverbraucher allein benötigen würden. Dabei wurde von bs-energy auf steigende Energiepreise gesetzt. Aber nach anfänglichen Gewinnen fielen die Energiepreise: Veolia hat sich „verzockt“ und zu rentablen Preisen kann man den Strom nicht mehr loswerden, bleibt auf ihm sitzen. Das führt dann noch dazu, dass die eigenen hochmo-

deren Kraftwerke, die mit Fernwärme gekoppelt und deswegen auch sehr rentabel sind, runtergefahren werden müssen, weil man sonst nicht weiß, wohin mit dem vielen teuer eingekauften Strom.

Geschäftsgeheimnis?

Einblick in die Zocker-Verträge gibt es nicht, angeblich seien sie ein Geschäftsgeheimnis und nicht einmal der Aufsichtsrat würde sie kennen, würde sie zudem sowieso nicht verstehen. Das ist dann aber schlicht eine Verletzung der Aufsichtspflicht dieses Gremiums, dem nun Hoffmann-Nach-

folger OB Markurth vorsteht. Wenn aber die alten Energieversorgungsunternehmen zu spekulativen Handelsunternehmen, zu „Zockerbuden“ verkommen, sollte der Aufsichtsratsvorsitzende die Verträge zumindest so gut kennen, dass er Einwendungen gegen derartige Geschäfte erheben kann, auch wenn die Stadt als Juniorpartner auf die Geschäftspolitik der AG weiter keinen direkten Einfluss mehr hat. **OB Markurth ist gefordert, sich die Verträge zeigen zu lassen. Erst dann kann bewertet werden, wie groß die Risiken für die Stadt in den nächsten 10 Jahren sind.** red

TTIP: Kultur privatisieren?

Über die Auswirkungen des Freihandelsabkommens TTIP auf die Kulturlandschaft will das Friedenszentrum Braunschweig zusammen mit Attac BS in einer Podiumsdiskussion aufklären. Die Veranstalter befürchten einen kulturellen Kahl-schlag, wenn US-Investoren nach Inkrafttreten von TTIP die Kulturlandschaft „marktwirtschaftlich“ gestalten können. Steuerliche Förderungen für

Theater, Museen, Musikschulen, Film und Bibliotheken könnten wegfallen; selbst die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Erwachsenenbildung wären in Gefahr. Erste Auswirkungen der Marktfreiheit lassen sich bereits am US-amerikanischen Buchhandel erkennen: In großen Teilen der USA gibt es bereits heute keine regionalen Buchhandlungen mehr, sondern nur noch Amazon. Die Ver-

anstalter befürchten, dass ein marktkapitalistisches Kultursystem nur noch den Wohlhabenden Zugang zu Kultur ermöglichen wird. Auch Mitglieder der Ratsfraktionen und des Kulturinstituts sind zur Podiumsdiskussion eingeladen.

Sie findet statt am 21. Mai um 19 Uhr in der VHS Alte Waage. Der Eintritt ist frei.

Ingeborg Gerlach

BIBS: Nibelungen soll mehr Wohnungen bauen

Der Rat ist in der Klemme: einerseits wird jeder Cent von der Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo) gebraucht, um zumindest dem äußeren Schein nach zu einem ausgeglichenen Stadt-Haushalt zu kommen, andererseits fordern alle Parteien von der NiWo die Schaffung preiswerten Wohnraums.

Zum Haushalt 2015 stimmte der Rat gegen den Antrag der Linken, auf eine sog. „Dividende“ von der NiWo zu verzichten; drei Wochen später beantragte die SPD im NiWo-Aufsichtsrat genau das Gegenteil, zog aber den Antrag gleich wieder zurück.

Steuern auf Niwo-Dividende verschwiegen

Wie in den Jahren 2010 und 2011, so holt sich die Stadt auch für das laufende Geschäftsjahr 2015 von der Nibelungen Wohnbau 1,5 Mio. € „Dividende“ ab. Die BIBS fand heraus, dass dafür bei der Stadt so genannte „Kapitalertragssteuern“ und „Solidaritätszuschlag“ in Höhe von rd. 15% fällig werden. (212 Tsd. € von den 1,5 Mio. € wandern wg.

der Einstufung als „Kapitalerträge“ an den Bund)

Dem fragenden Bürgerinitiativen-Rats-herrn hatte man zunächst erläutert, die Zahlung von NiWo an die Stadt erfolge ohne jeglichen Steuerabzug, was aber später korrigiert werden musste.

Wir erinnern uns?

Bis 2002 verbot die NiWo-Satzung Entnahmen von mehr als 300 Tsd. €/Jahr, denn die städtische Kapitaleinlage (Stammkapital) betrug gerade einmal 7,6 Mio. €.

Der damalige OB Hoffmann setzte eine Satzungsänderung durch, seither dürfen 5 Mio. € an jährlicher Dividende für die Stadtkasse abgezweigt werden.

AUFGESCHNAPPT:

„Die Praxis vieler Kommunen die öffentlichen Wohnungsunternehmen mit einer Zwangsdividende zu belegen verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt“ (so die Aussage des ehemaligen Münchener OB Uhde im NTV-Redeuell vom 13.8.2013).

Mal nachgerechnet:

45 Mio. €, die die Nibelungen jetzt dringend bräuchte!

- 2003-2008: Nibelungen verkaufte 1.000 Wohnungen an ein Hamburger Wohnungsunternehmen, ein Substanzverlust für die NiWo von 20 Mio. € zugunsten des Hoffmannschen „Haushaltswunders“.
- Weitere 10 Mio. € flossen aus der Wohnungsgesellschaft an die Stadt, indem die NiWo „eigene Anteile“ von der Stadt per Ratsbeschluss 2007 kaufen musste.
- Die Bürgerinitiative „Rettet die NiWo“ wurde gegründet - der Ausverkauf wurde gestoppt.
- 2008 Ratsbeschluss zur Abgeltungssteuer: das kostete Nibelungen 4,423 Mio.€.
- 2010 und 2011: Nibelungen musste auf Ratsbeschluss jährlich 1,5 Mio. € an die Stadt überweisen.
- 2012 und 2013: der Rat stoppte auf Antrag der BIBS die jährlichen Ausschüttungen.
- 2015: der Rat wünscht sich von der NiWo den Bau von bis zu 5.000 neuen Wohnungen, eine Investitionssumme von rd. 150 Mio. €. Um dafür die Finanzierung auf die Beine zu stellen, fehlen der Nibelungen 40-50 Mio. € an Eigenkapital. Daher fordert die BIBS die Rückzahlung als Aufstockung der städtischen Kapitaleinlage bei der NiWo.

Peter Rosenbaum

Kanzlerfeld: Nahversorgung gesichert - der Neubau jedoch nicht

Im Neubauvorhaben eines umstrittenen Supermarktes für den Edeka Händler Otto Görge ist weiterhin noch nichts entschieden. Der Betreiber mehrerer Edeka-Märkte im Stadtgebiet möchte bekanntlich seinen Standort in dem eingewachsenen Einkaufszentrum des Viertels verlassen und auf der gegenüberliegenden Wiese eine riesige Halle für einen neuen Supermarkt bauen. 7,60 m (zzgl technischer Aufbauten) hoch und ca. 60 m lang, direkt an ein so genanntes „Reines Wohngebiet“ grenzend.

Was bedeutet das?

- Der Lieferverkehr und der Kundenstrom wird in eine bislang ruhige 30er- Zone-einbrechen.**
- Die letzte große grüne Fläche im Zentrum des Kanzlerfeldes geht verloren.**
- Dauerhafter Leerstand im bestehenden Einkaufszentrum wird entstehen.**

Zwar haben der Planungs- und Umweltausschuss sowie der Verwaltungsausschuss im vergangenen Jahr die Auslegung der bis dato erstellten Pläne für den neuen Bebauungsplan befürwortet, doch die starke Resonanz der Bürger und Anwohner mit ca. 80 Stellungnahmen beschäftigt die Verwaltung und den Investor bis heute. Nicht nur der (unnötige) Verlust der grünen Wiese, auch die unerträgliche Größe und vor allen Dingen Höhe des Bauvorhabens lassen Unmut aufkommen.

Ganz zu schweigen von überschrittenen Lärm- und Lichtemissionen. Nicht zuletzt lehnen sich die Bürger aber auch in Sorge um ihr bestehendes und funktionierendes Einkaufszentrum auf. Hat man nicht mit leerstehenden und maroden Einkaufszentren an anderer Stelle der Stadt hinreichend Erfahrung sammeln können?

Auf jede einzelne Einwendung muss eingegangen werden, diese abgewogen und gegebenenfalls Lösungen gesucht werden. Bis heute ist nicht klar, welchen Umfang die Veränderungen am Bebauungsplan haben werden. Sind die Veränderungen erheblich, vor allem in ihren Auswirkungen auf das Vorhaben und/oder die Anwohner, so muss der Bebauungsplan erneut öffentlich ausgelegt werden. In diesem Falle würde auch der Stadtbezirksrat Lehndorf/Watenbüttel erneut gehört werden.



Werden die Veränderungen nur geringfügig ausfallen, dann wird die veränderte Form des Bebauungsplanes direkt dem Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt, ohne dass der Bürger daran beteiligt wird.

Das auserkorene Grundstück scheint sich doch schwerer als von den Planern gedacht vor den Karren der Kommerzialisierung spannen zu lassen. Es ist schlichtweg zu klein für die geplante Halle. Es ist zu sehr eingebunden in die gewachsene, schützenswerte Wohnbebauung. Es hat zu viele Einschränkungen - wie z.B. Hauptwasserleitungen. Entgegen anderslautenden Aussagen von Investor und Betreiber ist das Neubauvorhaben noch nicht in trockenen Tüchern. ...und es bedarf eines neuen Bebauungsplanes als Grundlage für jegliche Baugenehmigung eines Supermarktes.

Bislang wurde das Projekt mit dem Hinweis auf die Sicherungspflicht der Nahversorgung von der Verwaltung voran getrieben. Hierbei beruft sich diese jedoch einzig auf die Aussage des jetzigen Betreibers, dass der jetzige Standort nicht rentabel zu bewirtschaften oder zu entwickeln sei. Der Bub schreibt sich seinen Wunschzettel selbst.

Wie viel Verkaufsfläche bisher brach lag und welche Modernität auch in einer bestehenden Immobilie möglich ist, beweist der neu eröffnete „Sander“. Dem jetzigen Nahversorger war diese Flächenergänzung nicht groß genug, die Deckenhöhe nicht hinreichend. Ein Neubau auf der gegenüberliegenden Straßenseite schien lukrativer. Wenn es doch (nur) um die Sicherung der Nahversorgung geht, warum spielt die Stadt dieses Spiel mit?

Kontrovers und heftig wurde dieses Thema auch auf der Bürgersprechstunde des Stadtbaurates Leuer in dem Bezirk im Dezember 2014 diskutiert. Herr Leuer sicherte auf dieser Sprechstunde zu, dass er sich persönlich der Dinge annehmen wolle, wenn er von einem weiteren Interessenten Kenntnis erlangt. Hier stellte er den Stopp der Neubauplanungen deutlich in Aussicht. Es gab schon einen Interessenten, der jedoch ob der Neubaupläne abgeschreckt wurde. Es wird sicherlich nicht der einzige gewesen sein.

Es bleibt also spannend im Kanzlerfeld. Wird die grüne Wiese als Visitenkarte für den nach Braunschweig kommenden Besucher zu retten sein? Gerade grünt sie, die Bienen schwärmen aus und die Fußballer schnüren ihre Schuhe. *Katrin Thies für die BI stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld*

Nordbad Das schmähliche Ende einer Pionierarbeit

Kurt Hoffmeister schrieb 2010 in „Zeitreise durch die Braunschweiger Sportgeschichte“:

„Am 20. August 1969 wird das Nordbad am Bienroder Weg eröffnet. Damit wird ein neuer Typ in Braunschweig eingeführt: Das Europabad. Die Stadt leistet Pionierarbeit. Was damals als richtungsweisend angesehen wird, zählt heute bereits zur Geschichte des Bäderwesens. Braunschweigs kleinstes Hallenbad zählt Jahrzehnte später schon über zwei Millionen Gäste. In den folgenden Jahren entstehen weitere Bäder dieses Typs.“

Das ist deshalb interessant, weil dieses „Europabad“ 45 Jahre später für immer geschlossen bleiben soll, weil Sanierungskosten von 1,8 Millionen Euro aufgelaufen sind, die die Stadt nicht bereit ist zu investieren bzw. die Gelder angeblich nicht zur Verfügung stehen für dieses Vorhaben.

Lassen wir kurz die Fachleute zu Wort kommen, um uns dem Problem anzunähern: Für die DLRG sind Schwimmbäder nicht nur Orte der flächendeckenden Ausbildung der Bevölkerung im Schwimmen, sondern – was etwas antiquiert klingt, aber deshalb nicht weniger wahr ist: „Bäder sind Eckpfeiler der Volksgesundheit und „Einrichtungen der Sozialisation, Kommunikation und sozialer Kontakte“.

Was ist passiert nach diesem halben Jahrhundert? Warum gilt für das Nordbad nicht mehr, was immerhin die DLRG für überaus bedeutend hält? Die Idee eines Europabades musste 2014 einer stylischen „Wasserwelt“ weichen, die allerdings bereits wenige Monate nach Eröffnung Eintrittspreise senken und Parkplatzgebühren drastisch reduzieren musste, um die ange-

strebten Gästezahlen zu erreichen. Modernität hat also auch ihre Tücken. Modern wäre das Nordbad sicher heute nicht mehr – auch nach einer Renovierung – , aber danach fragen die wenigsten Kinder, die hier ihr Seepferdchen machten und stolz ihre ersten Bahnen schwammen. Ältere Menschen des Einzugsgebiets nutzen die Gelegenheit, bei kurzem Fußweg ihre Bahnen zu schwimmen und sich auf diesem Wege fit zu halten.

Gut, Kosten sind Kosten. Und fehlende Gelder fehlende Gelder. Das ist traurig. Aber ist es tatsächlich nicht zu ändern? Lassen wir die Faktenlage sprechen, die sich – Sie werden gleich sehen – zu einem echten Schildbürgerstreich entwickelt: Denn nun soll auf einmal das aus Geldmangel geschlossene Nordbad umgebaut werden zu einer Gymnastikhalle mit Sanierungskosten von 1,7 Mio. € (inkl. eines 30% Kostenrisikos)!

Geplant ist außerdem, das anliegende Vereinsheim des SSC Germania dem MSC Motorsportclub und der Funkgruppe des MSC (kein Witz!) zur Verfügung zu stellen. Der nun heimatlose SSC Germania soll aber nicht in die Röhre schauen: er erhält für seinen Umzug einen Zuschuss von 330.000 € aus städtischen Fördermitteln. Sie rechnen mit? Gut! Wir liegen also bereits jetzt sechsstellig über den bisher leider, leider nicht zur Verfügung stehenden Mitteln zur Sanierung des Nordbades. Na klar, wer jetzt baden will, soll doch bitte, bitte die neue Wasserwelt besuchen, die bereits über akuten Gästemangel klagt. Die Logik ist eindeutig. Die Sinnhaftigkeit bleibt allerdings auf der Strecke.

Schlimmer noch: Im Viertel haben wir bereits die Gymnastikhalle des SV

Olympia und die Turnhalle der Grundschule Schunteraue. Dazwischen soll nun völlig sinnbefreit im ehemaligen Nordbad eine weitere Gymnastikhalle gebaut werden, deren Kosten die Sanierung des Bades auch noch übersteigen.

Fassen wir zusammen: Ein ortsnahes Schwimmbad für Kinder und Senioren wird geschlossen aus Geldmangel. Aus einem plötzlichen Anfall von städtischer Großzügigkeit heraus entschließt man sich, eine neue Gymnastikhalle zu bauen, damit es mindestens 5 davon im Umkreis von nur einem Kilometer gibt.

Nun frage ich Sie, glauben die Verantwortlichen wirklich, dass diese Kuriosität niemanden interessiert? Dann ignoriert man allerdings verschiedene Radio- und TV-Formate, die sich regelmäßig mit staatlicher und kommunaler Verschwendung und Fehlplanung beschäftigen und die sich damit zunehmender Beliebtheit erfreuen. Ja, die Bürger lachen gerne mal über die Welt der Politiker und Beamten und über deren kuriose Entscheidungen. Wird man also zukünftig auch über Braunschweiger Entscheider lachen? Das muss doch nicht sein! Dazu genügt es doch, wenn der Rat der Stadt Braunschweig, wenn der Sport- und Verwaltungsausschuss seine Planungen noch einmal selbstkritisch überdenkt, prüft und neu entscheidet bzw. die Empfehlung der Verwaltung korrigiert. Für das Nordbad. Für ein unverzichtbares Bad, das bei seiner Erbauung als Pionierarbeit der Stadt bewertet wurde und das heute nach wie vor eine „Einrichtung der Sozialisation, Kommunikation und sozialer Kontakte“ sein kann.

Arbeitskreis GS Schunteriedlung/ Arbeitsgruppe Nordbad

Heinrich-der-Löwe-Kaserne Bürgerinitiative Süd-Ost setzt sich mit Forderung nach Wohnbebauung durch

Anfangs plante der Investor Kanada-Bau auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne einen Autohof und löste damit einen Aufschrei in der Bevölkerung aus.

Die Bürgerinitiative Süd-Ost gründete sich daraufhin aus den Reihen der Anwohner des direkt angrenzenden Neubaugebietes Roselies-Kaserne. Diese erreichte mit Aktionen eine erste Planänderung. Durch die Verwandlung des Autohofes in ein gleichermaßen inakzeptables Projekt wurden die Bemühungen der Initiative zunächst vom Investor ausgehebelt.

Mit dem dann angestrebten Logistik-Zentrum mit 24h und Sieben-Tage-die-Woche-Betriebes war die Unterschriftensammlung durch die Änderung der Gewerbebezeichnung praktisch wertlos geworden. Das Problem der Belästigung durch Schwerlastverkehr blieb bestehen. Die Forderung nach Wohnbebauung wurde zunächst von Seiten Kanada Baus als unrentabel ausgeschlossen und die Planungen für das Logistik-Zentrum in Verbindung mit einem Einkaufszentrum vorangetrieben. Letztendlich hat sich das Engagement der Bürgerinitiative aber gelohnt.

Neben einer Vielzahl von Terminen mit Ratsfraktionen der politischen Parteien hatte die BI mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen mächtigen Verbündeten auf den Plan gerufen: Die Kaufleute der Innenstadt befürchteten ihrerseits Umsatzeinbrüche und reich-

ten Beschwerde über den Zweckverband ein.

Für Kopfschütteln haben das Verhalten und die kürzlichen Äußerungen des Bezirksrates gesorgt. Dieser hatte in einem „Geheim-Treffen“ mit Kanada-Bau die Pläne für das Logistik-Zentrum ausgelotet und später fast einstimmig abgenickt.

Kürzlich wurde dann vom Bezirksbürgermeister Jürgen Meeske (SPD) in der BZ begrüßt, dass ihre Forderung nach Wohnbebauung angenommen worden sei.

Der plötzliche Sinneswandel wird von Seiten der Anwohner mit Humor genommen, aber trotzdem begrüßt. Von der damaligen Empörung der Lokalpolitiker über „Bremsmanöver“ und die Forderung einer „raschen Umsetzung“ der Logistik-Zentrum-Pläne möchte heute keiner mehr etwas wissen.

Bezüglich der weiteren Planungen bleibt jedoch ungeklärt, wie die Verkehrsproblematik in dem Bereich gelöst werden soll. Die Anwohner bestehen auf einem ganzheitlichen Verkehrskonzept, welches ebenfalls die geplante Erschließung des Gewerbegebietes Borsigstraße beinhaltet. *tvr*

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
VisDP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung,
Bremer Weg 186, 29223 Celle

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunsch. Landesspark. 250 500 00
IBAN: DE18 25050000 000 151322195

Kufa-Interview mit Marcus Wiener, Astrid Brandt und Bernd Müller

Hoffentlich bald: Kultur für Alle - K67

Kufa ist ein Verein, der sich zum Ziel setzt, Kultur für alle möglich zu machen.

Der Kufa Verein möchte unabhängige Kultur und Künstler jenseits der herkömmlichen Träger vernetzen und unterstützen.

Kunst und Kultur soll für einen kleinen Geldbeutel erfahrbar sein.

Kufa soll selbstverwaltet und parteiunabhängig sein, aber will sich auch einmischen, z.B. auch mal in die Politik.

Die Idee, ein neues Freizeit- und Bildungszentrum zu gründen, hat u.A. zur Gründung von Kufa e.V. geführt. Die Diskussion um den Wegfall des FBZ's und der Bedarf nach Raum wo Kultur auch jenseits des mainstreams stattfinden kann, hat letztendlich zur Gründung von Kufa e.V. geführt.

Der Verein ist offen für alle, die daran mitarbeiten wollen.

Der Kufa e.V. ist breit vernetzt und arbeitet u.a. mit Silver Club, Spread Music e.V., Kulturschaufenster, The Bridge e.V., Neun-Raum-Kunst, plankontor gmbh und kult tour zusammen, um nur einige zu nennen.

Das Konzept für ein neues Sozio-Kulturzentrum ist bewusst für das westliche Ringgebiet erarbeitet worden.

Was ist K 67 ?

K 67 ist ein Gebäude-Komplex in der Kreuzstraße 67, welcher laut Kufa gut für ein neues Sozio-Kultur-Zentrum geeignet scheint.

Was ist alles in diesem Kulturzentrum möglich ?

Im K 67 könnten Tanz, Sport, Yoga und Nachwuchsförderung von Bands stattfinden. Künstler können Räume für Ausstellungen nutzen, Gemeinschafts-Ateliers sind denkbar.

Hier können sich kleine Gruppen zum Skat spielen (überhaupt für Kartenspiele/Brettspiele, andere Tischspiele) treffen, es ist ein Multimediaraum denkbar, auch ein Tonstudio und/oder Übungsräume. Es können Konzerte stattfinden oder eine Modell-Eisenbahn-Börse.

Ein Raum kann zum Üben für Musikinstrumente genutzt werden, Nachwuchs-Veranstalter haben hier ein Lernfeld. Hier können Workshops oder Seminare stattfinden, auch politische Gruppen können hier tagen.

K 67 soll für alle Altersgruppen nutzbar sein.

Das ist eine außerordentliche Bereicherung des ganzen Stadtteiles um die Kreuzstraße herum.



Bernd Müller, Lord Schadt, Marcus Wiener, Astrid Brandt

Warum ist das neue Kulturzentrum noch nicht eröffnet ?

Der Kufa e.V. möchte sofort anfangen, die neue Veranstaltungsstätte K 67 zu verwirklichen.

Voller Engagement (ehrenamtlich!!) haben Frau Brandt, Herr Müller und Herr Wiener gemeinsam mit anderen engagierten Menschen ein Konzept für das K 67 erstellt, welches auch von

der Stadtverwaltung anerkannt wird. Aber nun warten alle auf einen positiven Bescheid für eine Bauvoranfrage und die passenden Bau-Auflagen.

Die Reaktionen von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit sowie der Anwohner sind bisher überwiegend positiv. Der Kufa-Verein sowie viele Bewohner des Stadtteils und darüber hinaus sind sich einig, dass ein Sozio-kulturzentrum die Kreuzstraße vitali-

sieren und das Westliche Ringgebiet insgesamt aufwerten wird.

Kufa wünscht einen runden Tisch mit Stadtplanern und Architekten. Der Verein ist sofort gesprächsbereit und kooperativ.

Wann und wo informiert Kufa e.V. selber? Am 1. Mai auf dem Maifest im Bürgerpark gibt es einen Informationsstand vom Kufa e.V. Lesen Sie selbst: www.kufa.ev-bs.de

weiter von Seite 1

Flüchtlinge in Kralenriede

Denn die Flüchtlinge kommen aus schwierigsten Umständen, in denen zum Teil ihr Leben bedroht war.

Die Stadt als Ganzes hat bisher von den Flüchtlingen nicht viel Notiz genommen. Die LAB (Landesaufnahmebehörde) ist ja eine Behörde des Landes Niedersachsen, und sicherlich war die Stadt froh, dass keine Notwendigkeit bestand, sich mit den Flüchtlingen zu befassen. Die LAB-Mitarbeiter machen gute Arbeit. Mit dieser bisherigen Situation ist es nun

auf Grund der hohen Flüchtlingszahlen vorbei. Die Belegungszahlen der LAB haben sich auf bis zu 1200 Bewohner mehr als verdoppelt, und damit sind die Flüchtlinge im Ortsteil Kralenriede sehr präsent, was auch zu manchen Konflikten mit anderen Bürgern führt. Die hohe Belegung wird in naher Zukunft andauern.

In dieser Situation kann die Stadt nicht mehr an den Flüchtlingen vorbeisehen: Sie sollte deren Lebenssituation in Braunschweig und die Integration

in den Ortsteil Kralenriede als ihre Aufgabe erkennen, die sie gerne ergreift. Und zwar aus zwei Gründen: Zunächst um ihren Beitrag zu leisten, den Flüchtlingen einen guten Empfang zu bereiten und zum anderen, um mögliche Konflikte mit Kralenrieder Bürgern zu entschärfen und die Beteiligung und Betroffenheit des Ortsteils Kralenriede zu würdigen.

Wie alles im sozialen Leben einer Stadt hat dieses Umdenken auch eine finanzielle Seite. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Stadt wegen der LAB in Kralenriede keine Flüchtlinge aufnehmen muss. Dadurch sparte die Stadt 6,6 Mio € oder mehr in den letzten zehn Jahren. Diese Zahl errechnet sich wie folgt: Niedersachsen musste in dieser Zeit durchschnittlich 5200 Asylbewerber pro Jahr aufnehmen, davon wäre entsprechend der Einwohnerzahl eine

Gruppe von jährlich 166 Flüchtlingen nach Braunschweig gekommen. Zwar gibt das Land pro Asylbewerber den Kommunen einen Zuschuss von 6.000 €, das reicht jedoch bei weitem nicht aus. Die Städte rechnen mit realistischen Kosten von ca. 10.000 € pro Flüchtling. Damit hätte Braunschweig jährliche Mehrkosten von 166 x 4.000 € oder 664.000 €. In Osnabrück wird über Zusatzkosten von jährlichen 800.000 € im Asylbereich berichtet. Auf Grund der stark angestiegenen Asylantragszahlen liegt aktuell der in Braunschweig eingesparte Betrag deutlich über dem eben dargestellten Wert. Er muss für 2015 bei möglicherweise über 3 Mio. € angesetzt werden. Ohne die LAB müsste Braunschweig sich in diesem Jahr dafür bereit halten, bis zu 900 Flüchtlinge aufzunehmen. Haben die Stadtverwaltung und der Rat jemals darüber nachgedacht,

das eingesparte Geld in den Bereich „Asyl“ wieder zu investieren?

Angemessen wäre eine Teilung des Betrages. Die Hälfte sollte direkt dem Bereich „Asyl“ im engeren Sinne, die andere Hälfte dem Stadtteil zu Gute kommen, der die Hauptlast in der Gastgeberrolle zu tragen hat, also dem Stadtteil Kralenriede. Fragen wir die Kralenrieder: Es käme schnell eine angemessene Wunschliste zusammen. Ein Engagement im Bereich „Asyl“ könnte auch beinhalten, dass Braunschweig sich trotz der Freistellung darum bewirbt, eine kleine Gruppe von Asylbewerbern, also z.B. zehn bis 20 Personen, langfristig aufzunehmen. Das hätte eine hohe symbolische Bedeutung und Braunschweig könnte dann mit gutem Gewissen sagen: Wir nehmen Asylbewerber gerne bei uns auf!

Bernhard Piest, ART

weiter von Seite 1

Interview mit Reinhard Koch (Arug)

begeben würde, wenn er zur Bragida-Demonstration ging.

ub: Welche Gefahr geht von Bragida/Pegida aus?

Koch: Zum ersten Mal ist es mit Pegida in Deutschland gelungen, unter einem einzigen Label die verschiedenen Strömungen der Rechten unter einen Hut zu bringen. Damit bahnt sich eine Entwicklung an, die mit entsprechenden Tendenzen in Frankreich, Österreich, den Niederlanden usw. zu vergleichen ist. Alte Hooligans distanzieren sich teilweise von den Demonstrationen, neue Hooligans nahmen teilweise teil. Es waren nur wenige Hools aus BS, keine Fußball-Fans. Insgesamt: Man ging hin, weil es sich lohnte, dabei zu sein. Man bekam Aufmerksamkeit, auch aus den eigenen Reihen, man konnte sich profilieren. Die Gefahr besteht, dass so eine neue Generation von Rechtsradikalen herangezogen wird.

ub: Wie schätzen Sie die Entwicklung von Bragida ein?

Koch: Die ursprünglichen Anmelder sind weg. Wenn die öffentliche Aufmerksamkeit nachlässt, könnte die Bewegung abflauen. Dennoch benötigen wir Präventions- und Aussteigerpro-

gramme, um ein erneutes Aufflammen solcher Bewegungen zu verhindern.

ub: Wie soll das technisch aussehen?

Koch: Überall finden Distanzierungsprogramme statt, die Länder arbeiten zusammen. Wichtig ist ein Aussteigerprogramm. Das Land plant für 2016 ein eigenes Landesprogramm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Spezielle Aussteigerprogramme existieren bereits von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Seite. Es gibt Versuche, sich in den sozialen Netzwerken mit Anhängern und potenziellen Aussteigern in Verbindung zu setzen. Anonymität könnte die Arbeit erleichtern. Dennoch bleibt die Arbeit ein ziemlich schwieriges Unterfangen!

ub: Warum radikalisieren sich Ihrer Meinung nach junge Menschen in Bewegungen wie Bragida?

Koch: Der zentraler Punkt ist wohl, dass die dortigen Akteure zu wenig Anerkennung in ihren privaten Biographien erfahren. Warum kann unsere Gesellschaft diese nicht bieten? Dasselbe gilt übrigens genauso für radikalisierte Muslime, denen man mit ähnlichen Programmen begegnen will.

Das Interview führte Ingeborg Gerlach

Wer oder was ist „ART“?



A R T bedeutet Aktiv für Respekt und Toleranz und hat sich als Aktionsbündnis zum Ziel gesetzt, einerseits das friedliche Zusammenleben

auch kulturell sehr verschiedener Menschen zu ermöglichen und andererseits dem Hass auf fremd erscheinende Menschen keine Chance, keinen Raum zu geben.

Dieser Ansatz soll lokal erfahrbar sein, so dass in alle Richtungen „ein Signal ausgesendet [wird] in unserer Zeit, denn Vorurteile, diskriminierende Äußerungen und menschenverachtende Einstellungen haben leider Konjunktur. Um demokratiegefährdenden Entwicklungen in Braunschweig entgegenzuwirken, sollen Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Initiativen oder Verbände künftig in ihrem Engagement für Demokratie und gegen Diskriminierung

unterstützt werden.“ (Oberbürgermeisters Ulrich Markurth, zur Auftaktveranstaltung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ am 20. März 2015).

ART mit beteiligt sich an den Aktionen gegen die „Bragida“-Aufmärsche seit Januar diesen Jahres, zuletzt gegen eine Bragida-Kundgebung in der Schunteraue, dem Stadtteil im Nordosten, an dessen Rand die LAB (Landesaufnahmebehörde für Flüchtlinge) ihren Sitz hat.

ART setzt auf Mitmachen und Einmischen, nicht nur auf „gegen“. Gegen etwas ist man mal ganz schnell. Dieser Aktionismus ist zumeist eilig verpufft, die Fotos bei Facebook getaggt, das Gewissen so beruhigt, weil man ja schon wieder mal genug getan hätte. Uns reicht es nicht, nur „gegen“ zu sein, wengleich das nicht aussen vor bleiben kann in unseren Diskussionen

und Aktionen, ein friedliches Miteinander und gelebte Toleranz soll nicht nur ein hohles „blabla“ irgendwelcher schablonenhaft dahingekrächzter Sonntags-Reden bleiben.

Aktuell unterstützt ART eine Fahrradwerkstatt-Idee, mit deren Hilfe die Flüchtlinge auch ohne ÖPNV mobil sein können, ein internationales Fußballturnier gegen Ausgrenzung und Rassismus eines dortigen Sportvereins (SV Kralenriede) und der FreiwilligenAgentur e. V., das in Kralenriede am 10.05.15 stattfindet und ein internationales Fest in Kralenriede im Juni dieses Jahres, welches helfen soll, Vorurteile zwischen EinwohnerInnen und Flüchtlingen abzubauen und einander (besser) kennen zu lernen.

Nicolas Arndt, ART

Mitglied des Bezirksrats Nordstadt

ART-Sommerfest am 27.6., ab 16 Uhr in der Boeselagerstr., Ecclesia-Gemeinde

Benefizkonzert für Flüchtlinge mit Tiana Kruskic, 21.5., Brunsviga

Der 8. Mai 1945 war auch für Deutschland eine Befreiung vom Faschismus

Vor siebzig Jahren, im Mai 1945 endeten die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft mit dem Sieg der Alliierten. Die Deutschen hatten es nicht vermocht, sich selbst zu befreien, daher zog erst die bedingungslose Kapitulation des Großdeutschen Reiches einen Schlussstrich unter die dunkelste Epoche unserer Geschichte.

Der Wiederaufstieg des kriegszerstörten Landes vollzog sich (wenn man sich auf die Bundesrepublik beschränkt) schneller als erwartet. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte dabei, dass den (West-) Deutschen auf der Londoner Schuldenkonferenz von 1953 die Hälfte ihrer Zahlungsverpflichtungen erlassen wurde.

Ein weiteres Schlüsseljahr für die deutsche Geschichte war 1990; Als Vorbedingung für die Wiedervereinigung wurde im September der so genannte Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen, der die Ablösung der de-

jure immer noch bestehenden Rechte der Alliierten beendete.

Es war kein Friedensvertrag, denn ein solcher hätte alle kriegführenden Staaten eingeschlossen, die dann die Möglichkeit gehabt hätten, Reparationsansprüche gegen Deutschland anzumelden. Um dies zu vermeiden, wurde der Vertrag, der den Nachkriegszustand beenden sollte, nur zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten abgeschlossen.

Dass damit den Reparationsforderungen weiterer Staaten ein Riegel vorgeschoben werden sollte, wird von den damaligen Akteuren heute noch nicht ohne Stolz verkündet.

Doch nun verlangt die neue griechische Regierung von der Bundesrepublik die Rückzahlung eines erpressten Zwangskredits; die Höhe wird auf ca. 11 Mrd. € geschätzt. Weiterhin fordert Griechenland, das von 1941-1944 von den Deutschen besetzt war und dessen Infrastruktur systematisch

zerstört wurde, Entschädigung für zahllose Dörfer und Tausende von ermordeten Menschen.

Zusammen mit dem Kredit würde sich die zu zahlende Summe auf etwa 280 Mrd. € belaufen. Die Bundesregierung wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen und beruft sich auf die verhältnismäßig geringfügige Summe von 115 Mio. €, die Griechenland in den 1960er Jahren erhalten hatte. Griechenland ist in Not, und die Bundesrepublik ist reich und mächtig. Wir erleben fast täglich, mit welcher Arroganz deutsche Politiker und deutsche Medien das verarmte Griechenland behandeln.

Die Bundesrepublik tritt dem kleinen Land wie eine Siegermacht gegenüber. Die Erinnerung an eigene Schuld scheint völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Doch es stünde den Deutschen gut an, wenn sie siebzig Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft endlich Frieden mit ihrer

eigenen Geschichte schließen würden, indem sie nicht nur den Zwangskredit zurückerstatteten, sondern auch einen Ausgleich für die immensen Verwüstungen des Landes bezahlten. Darüber hinaus sollten sie sich an die Londoner

Schuldenkonferenz erinnern, auf der ein Schuldenschnitt den Deutschen die wirtschaftliche Erholung ermöglicht hatte. Den hoch verschuldeten Griechen sollte gleichfalls ein solcher zugestanden werden. *Ingeborg Gerlach*

Abfuhr für Möchtegern-Hitler

Die Frage scheint durchaus berechtigt: Waren Datum und Ort dieses Auftritts bewusst gewählt? Man muss es leider annehmen: der Gründer und Erfinder der „Patriotischen Europäer zur Rettung des christlichen Abendlandes“, der



Flüchtlinge gern mal als „Viehzeug“ bezeichnet, war angereist und hatte einen Großteil seiner Anhänger aus dem bundesweiten Nazi- und Hooligan-Spektrum gleich mitgebracht. Es waren dann doch nur 120 Hass-Getriebene (*statt der von Ihm höchstpersönlich angemeldeten 1.500*), die seinem Ruf hinter das ECE-Kaufhaus gefolgt waren, um zu hören... oder vielleicht auch nicht, denn sie verstanden sich nicht einmal untereinander

- der Gegenprotest schallte ihnen rundherum von überall, so auch vom Balkon des kleinen Hauses und aus allen Zuwegungen entgegen. Braunschweig hat erneut eindrucksvoll - wie schon in den Wochen zuvor - klargestellt: Hier ist kein Platz für Hass und Hetze gegen Flüchtlinge! Die BraunschweigerInnen stellten klar: sie wollen nicht noch einmal - wie vor 70 Jahren - von außen befreit werden und geben weder Rassisten noch Neo-Nazis eine Bühne. *PR*

Gedenken - gerade in unserer Zeit ein wichtiges Thema

Deshalb bietet die Gedenkstätte für Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft e.V. Rundgänge über den von ihr angelegten Friedenspfad über die Friedhöfe an der Helmstedter Straße an. Der Weg führt zu Gedenkort der

Kriege und zu Erinnerungsstätten. Führungen können über den Vorsitzenden der Gedenkstätte Ulrich Schade, Tel. 0531/373305 verabredet werden. Für die Zeit nach der geplanten Instandsetzung des sowjetischen Denkmals

auf dem Ausländerfriedhof ist eine gemeinsame Erinnerungsveranstaltung unter Teilnahme von Vertretern der polnischen, ukrainischen und russischen Botschaften vorgesehen. Über den Zeitpunkt wird informiert.

Post aus Roselies

Interview-Anfrage an Markurth zu „Erinnerungspartnerschaft mit Roselies“

Unser-Braunschweig schickte dem Oberbürgermeister kurz vor Ostern drei Fragen: „Herr Markurth, Sie schlugen vor einigen Monaten zum Hundertjahr-Gedenken des 1. Weltkriegs eine Erinnerungspartnerschaft mit der Belgischen Kleinstadt Roselies vor und wurden zur diesjährigen 101. Gedenkfeier am 22. August 2015 nach Belgien eingeladen.“

Frage 1: Werden Sie nach Roselies fahren/ wie ist der Stand zur Erinnerungspartnerschaft Braunschweig - Roselies?

Frage 2: Wird es auch Gegenbesuche aus Roselies in Braunschweig geben?

Frage 3: Welche Pläne haben Sie zur Schaffung einer öffentlichen Gedenkstätte als sichtbares Zeichen der Erinnerungspartnerschaft?“

Das Büro von Herrn Markurth meldete sich nach Ostern zurück und bestätigte telefonisch nur soviel, dass nun auch eine Antwort aus der Gemeinde Roselies vorliege.

Was war passiert?

Auf Markurth's Vorschlag einer Erin-

nerungspartnerschaft mit Roselies in Belgien gab es monatelang keine Rückmeldung. Niemand kannte den Grund dafür.

Erst eine private Nachfrage der BIBS in Roselies Anfang Februar 2015 brachte Bewegung in die Angelegenheit. Es stellte sich heraus, dass der Brief von Oberbürgermeister Markurth vom August 2014 in Roselies nicht angekommen war (der angeschriebene Verbandsdirektor war wohl schon seit längerem gar nicht mehr im Dienst).

Der Fehler konnte im Februar 2015 mit einem erneutem Brief von OB Markurth an seinen nun ausfindig gemachten Amtskollegen in Roselies geheilt werden.

Einladung aus Roselies

Jetzt liegen sogar zwei Schreiben aus Roselies vor, darunter auch eine Einladung an Herrn Markurth, zum 101. Gedenktag am 22./23. August 2015 an den Gedenkfeierlichkeiten in Belgien teilzunehmen. Ob oder wer aus BS nach Belgien fahren wird, steht aber noch nicht fest. Die BIBS-Fraktion hat, wie schon im letzten Jahr, die Einladung nach Roselies angenommen.

Peter Rosenbaum

Helden und Reliquien



Nach 13 - lieber nicht 14 - aber jetzt 15

Nach der Fürstenhochzeit 1913/2013 steht in BS mit dem 200. Todestag des "Schwarzen Herzogs" die nächste Fürstenverehrung ins Haus.

"Eine "Heldenhose" brachte uns an diesen historischen Ort. Die Hose nämlich, die Herzog Friedrich Wilhelm in der Schlacht bei Quatre-Bras trug, als er am 16. Juni 1815 erschossen wurde. Sie ist im Braunschweigischen Landesmuseum ausgestellt," berichtete die örtliche Tageszeitung am 28.8.2012.

Reliquien-Verehrung?

Nun wurde dieses Kleidungsstück mitsamt Stiefel und weiterer Uniformstücke extra für die Ausstellung im Landesmuseum ab 21. Mai - Titel: "Wann ist ein Held ein Held?" restauriert.

Ein Held als Vorbild für unsere Kinder?

So war der Schwarze Herzog in der Kinder-Sommerzeit "Ferien in Braunschweig" (FIBS) vorgesehen (zur Schlacht bei Ölper im Jahre 1809), musste aber 2012 mangels Anmeldungen ausfallen.

Nun also der nächste Versuch fürstlicher Heldenverklärung, inszeniert mit der Leiterin des Braunschweigischen Landesmuseums, Frau Dr. Pöppelmann, die schon das Kulturprojekt 1913 ins rechte Licht rücken sollte. Wer braucht solche Geschichten zur Verklärung romantischer Reflektorfiguren?

Veranstaltungen am 8. und 9. Mai

Zum 8. Mai, Freitag **um 13:30 Uhr**, sendet Oberbürgermeister Markurth zusammen mit dem Bürgermeister von Nimes **Friedensbotschaften** in alle Welt. Dazu lädt er insbesondere die Jugend der Stadt zu einem Fest (Frieden, Freiheit und Zukunft) vor der Schlossfassade mit der Rock'n'Roll-Band „The Baseballs“ von 13:30 bis 16:00 Uhr ein.

Am 8. Mai **um 17:30 Uhr** ruft das Bündnis gegen Rechts zur **Kranzniederlegung** am Schilldenkmal auf. Die Gedenkrede zum Tag der Befreiung vor 70 Jahren hält Sebastian Wertmüller von verdi.

Am Samstag, 9. Mai von 11 bis 18 Uhr auf dem Kohlmarkt:

70 Jahre Befreiung mit Bühnenprogramm mit Musik und Infoständen eines bunten Spektrums aus Initiativen, Gruppen, Gewerkschaften und Parteien.

Atomwaffen verbieten

Die Braunschweiger „Manifestgruppe Russell und Einstein“ setzt sich für einen weltweiten Gedenktag zur Ächtung von Atomwaffen ein.

Vor 60 Jahren sagten die Nobelpreisträger Bertrand Russell (Philosoph) und Albert Einstein (Physiker) voraus, dass ein totaler Atomkrieg eines Tages das Ende der Menschheit besiegeln könnte. Die Manifestgruppe fordert

daher die Reduzierung der Rüstung zugunsten einer Verlagerung auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

Sie plant für die zweite Juliwoche dieses Gedenken und für Samstag, den 11. Juli 2015, eine Kundgebung in Braunschweig und bittet um Unterstützung.

Helmut Käß, Tel.: 0531-350513, www.helmutkaess.de



Friedenszentrum, anlässlich Ostermarsch 4.4.2015



Am Volkstrauertag 2014 wurde durch den Traditionsverein im militärischen „Ehrenhain“ inmitten des Neubaugebietes Roselies am Möncheweg wieder Kränze abgelegt. Bild zum Volkstrauertag 2014 mit der BIBS-Protestaktion



DURFTE KEIN DENKMAL WERDEN: Um u.a. dem Motorsportclub des ADAC eine Nachnutzung zu ermöglichen, wird das Nordbad mit 1,7 Millionen € aus Steuergeldern aufgepeppt - ohne denkmalsrelevante Badeigenschaft. Mit diesem Trick könnten hier bald Spielzeugautos subventioniert durch Deutschlands erstes Europabad rasen.



KEIN GELD VOM STEUERZAHLER: Die Stadt wollte dem armen Gebäudebesitzer 1,5 Millionen € Steuergelder schenken. Leider gab das Land nichts dazu. Ohne diese zusätzliche Staatsknete lässt der Besitzer das „älteste inschriftlich datierte Fachwerkhaus Deutschlands“ lieber verfallen. Die Stadt hat nicht mal Auflagen zur Denkmalsicherung ausgesprochen.

Nordbad, Flughafen, Kemenaten, Magniviertel: So trickst die Stadt beim Denkmalschutz

Warum das Nordbad kein Denkmal ist. Warum die historischen Liegenschaften eines Großgrundbesitzers vor aller Augen verfallen. Wie man Beton und Cortenstahl negiert. Warum ein nackter Bronzejüngling im Himmel über Braunschweig schwebt.

Rund 1700 Baudenkmale gibt es auf Braunschweiger Stadtgebiet, sagt die Stadt als Untere Denkmalschutzbehörde. Seit 1996 (=19 Jahre, mithin ein halbes Beamtenleben) versuchen Bedienstete, diese in einem zeitgemäßen elektronischen Kataster zu erfassen. Leider bisher erfolglos, weil die „Stadt der Wissenschaft“ hierzu noch auf ein Computerprogramm aus Bayern wartet. Im Langen Hof hütet deshalb ein städtisches Team Braunschweigs historische Schätze in Form einer papiernen Loseblattsammlung.

Aber vielleicht ist der elektronisch nicht barrierefreie Zugang zum historischen Tafelsilber manchen Kreisen ja auch gar nicht so unangenehm. Verhindert er doch lästige Einblicke von BürgerInnen in Tricksereien und Kungeleien.

Mit dem Denkmalschutz lässt sich viel Geld verdienen. So kaufte ein Braunschweiger Großgrundbesitzer und „Stadtmäzen“, dem Teile des Bürgerparks, Güter in Ridagshausen und Liegenschaften im Magniviertel sowie an der Theodor-Heuss-Straße gehören, vor Jahresfristen kurzerhand das aus mehreren Gebäuden bestehende Areal der ehemaligen Polizei-Reiterkaserne am Leonhardplatz und lässt es seither ungenutzt verfallen. „Unser-Braunschweig“ fragte Stadtsprecher Rainer Keunecke: „Wurden dem Eigentümer Auflagen hinsichtlich der Denkmalserhaltung auferlegt? Wird kontrolliert, ob diese eingehalten werden? Wenn ja, wie?“

Die schmallippige Antwort des Stadtsprechers: „Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Planung“. Keine städtischen Auflagen. Keine Kontrolle. Seit 2010 Stillstand und Verfall. Dabei teilte die Stadtverwaltung selbst 2011 noch mit: „Das Areal ... ist für Braunschweig geschichtlich und städtebaulich einzigartig.“ Allerdings wurde der Denkmalschutz schon mal zurückgestellt, als Investoren die Reithalle für ein Hotelprojekt schleifen wollten...

Auch über das denkmalgeschützte Gebäudeensemble Ackerhof/Langedammstraße (5 Häuser im historischen

Magniviertel), erworben vom selben Investor, sagt der Stadtsprecher: „Derzeit befindet sich das Projekt noch in der Planung“. Doch auch das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich wollte die Stadt schon 2014 dem notleidenden(?) Käufer und Großgrundbesitzer 1,595 Mio. € Steuergelder aus Denkmalsmitteln offerieren (Ratsdrucksache 17102/14). Da das Land Niedersachsen aufgrund klammer Kassen die Gegenfinanzierung nicht gewährleisten konnte, verfällt das „älteste inschriftlich datierte Fachwerkhaus Deutschlands“ gerade hinter eingeschmiesenen Fenstern, die mit blauen Müllsäcken abgedichtet sind. Geht es da noch um Denkmalschutz? Der arme Millionär darf immerhin seinen Förderantrag jährlich erneut stellen. Auflagen zum Erhalt der Ruine: Fehlanzeige.

Wer eigenes Geld mitbringt, darf offenbar mit einem Denkmal machen was er möchte. Auf den denkmalgeschützten Druckturm des Wasserwerks im Bürgerpark durfte die Bürgerstiftung Braunschweig eine spendenfinanzierte Skulptur aufsetzen – der homophil anmutende, güldene Nackedei wurde lediglich nach Baurecht geprüft. Und für das historische Gebäude am Waggener Provinzflugplatz gilt laut städtischer Auskunft: „Ein Anbau kann das Hauptgebäude funktional entlasten, insofern ist in der Gesamtbewertung sogar eine Stärkung der Denkmaleigenschaft – zu der auch die Nutzung untrennbar dazugehört - möglich, auch wenn Teile der originalen Bausubstanz zerstört bzw. verdeckt werden.“ Schutz durch Zerstörung, wenn der Bauherr dies wünscht. Darauf muss man erst mal kommen.

Beim Nordbad waren die amtlichen Schützer pingeliger. Nach monatelanger Korrespondenz befand das Niedersächsische Landesamt für Denkmalschutz (NLD) Deutschlands ältestes Europabad für nicht schutzwürdig – wegen „Anbauten“ und weil es „ein nicht so wichtiges Werk in den Arbeiten des Architekten“ darstellt. Denkmalschutz abgelehnt, freie Bahn für freie Bürger eines Spielzeugautobahn-Vereins. Die können nun ernsthaft auf städtische Millionenförderung hoffen, um in der Immobilie eine Carrera-Rennbahn aufzubauen. Fast so teuer wie der Weiterbetrieb des Bades, das man aber als Bad nicht schützen wollte. Denn dann hätte dort weitergebadet werden müssen. Weil die Nutzung untrennbar dazugehört, wie der Stadtsprecher ja schon erläuterte.

Anderswo in Braunschweig gelten hingegen „Anbauten“ an historische Gebäude für förderungswürdig. 4500,- € spendierte die Stadt, um mithilfe verrostender Stahlbleche, Planglas und Beton „die mittelalterliche Bausubstanz und die Umbauphase des 16. Jh.“ in der Kemenate an der Hagenbrücke zu alimentieren. Den Charakter des „Gebäudetypus aus massivem Steinmauerwerk“ (Stadtbaurat Leuer lt. Drucksache der Stadt BS 13906/14) hätten die Umbauten „nicht in unzulässigem Umfang“ verändert.

Text und Fotos: Klaus Knodt



ZUWACHS DURCH ZERSTÖRUNG: „Ein Anbau kann das Hauptgebäude funktional entlasten, insofern ist in der Gesamtbewertung sogar eine Stärkung der Denkmaleigenschaft möglich, auch wenn Teile der originalen Bausubstanz zerstört werden“, befindet die Stadt zum Flughafen-Hauptgebäude. Wir fügen dieser Expertise nichts hinzu.



IM DORNRÖSCHENSCHLAF: So stellt sich ein Kapitalist Art. 14 Abs. 2 GG („Eigentum verpflichtet...“) vor. Er lässt die frühere Polizeireiterkaserne seit Jahren verfallen. Den Investor freut's: Die marode Reithalle könnte demnächst wegen Bauauffälligkeit aus dem Schutz herausgelöst und dann einfach plattgemacht werden.



KEINE EINBAUTEN AUS CORTENSTAHL: Der verrostete Blechkasten auf den Mauern der 900 Jahre alten Kemenate an der Hagenbrücke gilt für Braunschweigs Denkmalschützer als „unvermeidbare Anpassung an heutige Nutzungen“, die den „Charakter des Bauwerks nicht in unzulässigem Umfang verändern“.



BÜRGERLICHES ENTZÜCKEN: Ein güldener Jüngling krönt seit 2014 den Turm des Okerwasserwerks. Trotz Denkmalschutz wurde die Aufstellung ohne „gutachterliche, wissenschaftliche Begleitung“ baurechtlich genehmigt. Günther Knorr, Vorstand der Bürgerstiftung: „Das Einholen von Expertisen erschien weder sinnvoll noch notwendig“.